

2010

LKA BW

Politisch motivierte Kriminalität

JAHRESBERICHT 2010



Baden-Württemberg

LANDESKRIMINALAMT



IMPRESSUM

POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT

JAHRESBERICHT 2010

HERAUSGEBER

Landeskriminalamt Baden-Württemberg
Taubenheimstraße 85
70372 Stuttgart

Telefon 0711 5401-0
Fax 0711 5401-3355
E-Mail stuttgart.lka@polizei.bwl.de
Internet www.lka-bw.de

© LKA BW, 2011

Diese Informationsschrift wird im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme der Herausgeberin zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Erlaubt ist jedoch den Parteien, die Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT



	2009	2010	IN %	
PMK GESAMT	2.596	2.333	- 10,1	
PMK AUSLÄNDER	193	212	+ 9,8	
PMK RECHTS	1.269	926	- 27,0	
PMK LINKS	940	597	- 36,5	
PMK NICHT ZUZUORDNEN	194	598	+ 208,2	

INHALT

1	ANALYSEDARSTELLUNG	5
	Straftatenentwicklung PMK	5
	PMK Ausländer/Islamismus	5
	PMK Links	8
	PMK Rechts	9
	Nationalsozialistische Gewaltverbrechen	12
	Spionage, Proliferation, Landesverrat	12
	PMK nicht zuzuordnen	12
2	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN / GETROFFENE MASSNAHMEN	14
	PMK Ausländer/Islamismus	14
	PMK Links	16
	PMK Rechts	17
3	ANLAGEN	20
	Regionalverteilung der Straftaten	21
	Zehnjahresvergleich Fallzahlen PMK	22
	Zehnjahresvergleich Gewaltdelikte PMK	22
	Altersstruktur der Tatverdächtigen	22
	Fallzahlen PMK Ausländer	23
	Fallzahlen PMK Links	23
	Fallzahlen PMK Rechts	24
	Fallzahlen PMK Nicht zuzuordnen	24
	BIG Rex – Aussteiger seit Programmbeginn	25
	Ansprechpartner	27

1 ANALYSEDARSTELLUNG

STRAFTATENENTWICKLUNG PMK

Im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität wurden im Jahr 2010 insgesamt 2.333 Straftaten registriert; das sind 263 Delikte (- 10,1 %) weniger als im Vorjahr. Somit hat sich der im Jahr 2009 festgestellte Höchststand der letzten zehn Jahre wieder relativiert. Die Gesamtzahl liegt dennoch über dem Zehnjahresmittelwert (2.010 Straftaten). Bei den Gewaltdelikten ist mit einem Anstieg um 137 auf 312 registrierte Straftaten (+ 78,3 %) ein neuer Höchststand seit 2001 zu verzeichnen. Auffallend bei der Straftatenentwicklung sind die signifikanten Rückgänge bei den rechts- und linksmotivierten Straftaten inklusive der Gewaltdelikte gegenüber dem erheblichen Anstieg der Delikte, die keinem PMK-Bereich explizit zugeordnet werden können. Der Zuwachs um 404 auf 598 Straftaten (+ 208,2 %), markanter noch bei den Gewaltdelikten von zwei auf 139, ist überwiegend in den bürgerlichen Protesten gegen das Bauprojekt „Stuttgart 21“ begründet.

Die Aufklärungsquote ist mit 35,7 % (2009: 31,1 %) annähernd gleich geblieben.

Die anhaltend hohe Bedrohung durch den islamistischen Extremismus/Terrorismus ist wesentlicher Bestandteil der Politisch motivierten Kriminalität und hat das Jahr 2010 geprägt. Die Bundessicherheitsbehörden gehen auch für Deutschland von einer intensivierten Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus aus. Diese kann sich jederzeit in Form von Anschlägen unterschiedlicher Dimension und Intensität realisieren. In der PMK-Statistik schlägt sich dieser bedeutsame Kriminalitätsbereich allerdings mit zwölf registrierten Straftaten, davon einer Gewalttat, mehr qualitativ als quantitativ nieder.

PMK AUSLÄNDER/ISLAMISMUS

Bei leicht gestiegener Straftatenentwicklung der politisch motivierten Ausländerkriminalität im Jahr 2010 mit insgesamt 212 (2009: 193) registrierten Straftaten ist der beachtliche Anstieg der Gewaltdelikte um 22 auf 51 Straftaten besonders auffallend. Nahezu ein Viertel aller Delikte der politisch motivierten Ausländerkriminalität sind Gewaltdelikte. Den Schwerpunkt hierbei bilden mit 43 Straftaten Körperverletzungsdelikte, die überwiegend in Stuttgart und Umgebung begangen wurden, gefolgt von drei Landfriedensbrüchen, zwei Branddelikten sowie zwei versuchten Tötungsdelikten. Ursächlich für den Anstieg der Gewaltdelikte um 22 Fälle sind zum einen gewalttätige Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Demonstrationen und zum anderen gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen separatistischen Kurden und nationalistischen Türken. Einen Höhepunkt dieser Entwicklung stellt der Angriff Jugendlicher kurdischer Volkszugehörigkeit auf die Besucher einer Gaststätte in Nürtingen am 08.05.2010 mit vier verletzten Personen dar. Die Ermittlungen wegen versuchten Mordes führte die Polizeidirektion (PD) Esslingen.

Während die gewalttätigen Auseinandersetzungen nach den erfolgten Festnahmen völlig abebbten, war im Oktober und November 2010 wieder ein erheblicher Anstieg von Gewalttaten kurdischer Jugendlicher festzustellen.

ANALYSEDARSTELLUNG

Neben einem versuchten Tötungsdelikt am 31.10.2010 in Stuttgart im Rahmen einer Kurden-Türken-Auseinandersetzung wurden im Oktober und November 2010 insgesamt 24 Körperverletzungsdelikte, vorwiegend in Stuttgart und Heilbronn, begangen. Diese sind sowohl auf Angriffe jugendlicher kurdischer Tätergruppierungen z. N. türkisch-stämmiger Personen, die hierbei z. T. schwer verletzt wurden, als auch auf Ausschreitungen im Rahmen einer Versammlung am 12.11.2010 in Stuttgart und einer Versammlung am 20.11.2010 in Heilbronn zurückzuführen. Bei diesen kam es zu Ausschreitungen in Form von Widerstandshandlungen und Körperverletzungen z. N. von Polizeibeamten. Deutsche und türkische Linksextremisten haben bundesweit zur Teilnahme an der Veranstaltung des örtlichen kurdischen Vereines in Heilbronn aufgerufen, zu der vornehmlich Jugendliche kurdischer Volkszugehörigkeit aus dem Bundesgebiet angereist waren.

Die gesondert ausgewiesenen Fallzahlen der politisch motivierten Ausländerkriminalität im Themenfeld „Islamismus“ haben sich im Vergleich zum Vorjahr mit einem Rückgang von 20 auf zwölf Straftaten erheblich reduziert. Davon ist, wie im Jahr 2009, ein Gewaltdelikt zu verzeichnen. Auffällig bei der Straftatenentwicklung ist die im Verhältnis gestiegene Qualität der Delikte, bemessen an der Höhe der Strafandrohung. Während 2009 allein neun Störungen des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten gemeldet wurden, ist 2010 nur ein solches Delikt registriert. Dahingegen sind 2010 drei Straftaten gem. dem im Sommer 2009 neu eingeführten § 89a StGB, zwei Fälle gem. § 129b StGB und jeweils ein Delikt gem. § 129 und § 109h StGB zu verzeichnen. Brennpunkte bilden Ulm und Stuttgart, gefolgt vom Rhein-Neckar-Kreis.

GEFÄHRDUNGSLAGE ISLAMISTISCHER EXTREMISMUS

Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass öffentlichkeitswirksame Anschläge gegen westliche Einrichtungen und Interessen weiterhin ein zentrales Anliegen der Al-Qaida und ihr nahestehender Gruppierungen sind. Deutschland ist seit geraumer Zeit mit konkreten Drohungen konfrontiert, die ihren bisherigen Höhepunkt in einer Propagandaoffensive im zeitlichen Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2009 hatten.

Bereits seit Beginn des Jahres 2009 sind verstärkt Ausreisen von gewaltbereiten Islamisten in Ausbildungslager in das pakistanisch-afghanische Grenzgebiet und teilweise Wiedereinreisen in das Bundesgebiet festzustellen. Seit Ende Juli 2010 liegen Erkenntnisse zu verschiedenen Anschlagsszenarien der Al-Qaida oder anderer islamistischer Terrororganisationen in Europa vor. Auch Deutschland ist in diesem Zusammenhang potenzielles Anschlagziel. Wahrscheinliche Modi Operandi orientieren sich an internationalen Terrorakten der jüngeren Vergangenheit, wie z. B. Anschläge durch Einzeltäter oder Kleingruppen unter Anwendung von vollautomatischen Schusswaffen oder mittels Sprengstoff.

GEFÄHRDUNGSLAGE POLITISCH MOTIVIERTE AUSLÄNDERKRIMINALITÄT

Extremistische Ausländerorganisationen verfolgen in Deutschland Ziele, die in der Regel durch die politischen Entwicklungen in ihren Heimatländern geprägt sind. Je nach Anlass können sich Ereignisse in den Heimatländern kurzfristig auf die Sicherheitslage in Deutschland auswirken.

Hierbei sind überwiegend störungsfrei angelegte Demonstrationen zu erwarten, die jedoch bei starker Emotionalisierung auch zukünftig veranstaltungstypische Gewaltstraftaten nach sich ziehen können. Vom Veranstaltungsgeschehen losgelöst sind vereinzelte, eher spontane Straftaten bis hin zu Brandanschlägen nicht auszuschließen.

PKK – PARTIYA KARKEREN KURDISTAN

Die in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegte „Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK) verfolgt weiterhin die Doppelstrategie der bewaffneten Auseinandersetzung in der Türkei neben überwiegend friedlichen Protestaktionen in Deutschland und Europa. Die PKK firmiert in Europa unter dem Namen KCK (Komalen Civaken Kurdistan) und ist weiterhin mit hohem Organisationsgrad in Deutschland aktiv. Die Tätigkeit der PKK in Deutschland ist nach wie vor auf die Unterstützung der militärischen und politischen Auseinandersetzung mit dem türkischen Staat ausgerichtet. Dies erfolgt durch das Bereitstellen von Finanzmitteln, die Rekrutierung von Nachwuchs für den Guerillakampf und das Betreiben von Propaganda, um die öffentliche Meinung zu Gunsten der PKK zu beeinflussen. Angesichts der anhaltenden militärischen Auseinandersetzungen in der Türkei und im Nordirak scheint ein Ende des Konflikts nicht in Sicht. Das Konfliktpotenzial von Kurden und türkischen Nationalisten ist in Baden-Württemberg allgegenwärtig und offenbart sich im Straftatenaufkommen, insbesondere in Form zunehmender Gewaltdelikte. 2010 wurden im Zusammenhang mit der PKK 146 Straftaten, davon 40 Gewaltdelikte, registriert.

LTTE – LIBERATION TIGERS OF TAMIL EELAM

Nach dem militärischen Sieg der sri-lankischen Regierung über die tamilische Separatisten-Organisation „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) und der nahezu vollständigen Auslöschung der Führungsstrukturen der LTTE in Sri Lanka im Mai 2009 ist aktuell ein Restrukturierungsprozess der LTTE feststellbar. Dieser verläuft auf Grund der derzeit offenbar fehlenden zentralen Führung der Gesamtorganisation uneinheitlich. Es kann eine Spaltung der LTTE in einen Hardliner-Flügel, der an dem bisherigen Befreiungskampf festhalten möchte und einen moderaten Flügel, der lediglich die politische Agitation anstrebt, beobachtet werden. Einige Bedrohungssachverhalte im Jahr 2010 deuten darauf hin, dass derzeit im Bundesgebiet aktive LTTE-Funktionäre versuchen, die tamilische Diaspora wieder im Sinne der LTTE zu orientieren.

ANALYSEDARSTELLUNG

PMK LINKS

Die Fallzahlen PMK Links weisen einen deutlichen Rückgang um 343 auf 597 Straftaten (- 36,5 %) auf, bilden aber im Zehnjahresvergleich nach den Wahljahren 2009 und 2006 (Landtagswahl) den dritthöchsten Stand und liegen etwas über dem Zehnjahresmittelwert (519 Delikte). Der Fallzahlenrückgang um mehr als ein Drittel lässt sich überwiegend auf fehlende herausragende Ereignisse wie beispielsweise den NATO-Gipfel 2009 oder die Kommunal-, Europa- und Bundestagswahlen zurückführen, in deren Kontext allein 359 Straftaten, überwiegend Sachbeschädigungsdelikte, begangen wurden. Entsprechend hoch ist 2010 der Rückgang der Sachbeschädigungsdelikte um 261 auf 355 Fälle, die dennoch den PMK-Bereich dominieren. Dies erklärt die weiterhin niedrige Aufklärungsquote von 21,9 %, da Sachbeschädigungen auf Grund der Tatbegehung in der Regel einem geringen Entdeckungsrisiko unterliegen.

Nach dem sprunghaften Anstieg der linksmotivierten Gewaltdelikte von 31 Straftaten im Jahr 2008 auf 96 Straftaten 2009, ist im Berichtsjahr ein leichter Fallzahlenrückgang um 14 auf 82 Fälle festzustellen; gleichwohl muss von einer unvermindert hohen Gewaltbereitschaft, insbesondere im Rahmen von Demonstrationen, ausgegangen werden.

Die regionale Verteilung zeigt sich dabei stark inhomogen. Während sich die Gewaltdelikte im Bereich des Polizeipräsidiums (PP) Stuttgart mehr als verdoppelt haben (bei nahezu Halbierung der linksmotivierten Straftaten) ist im Bereich der Landespolizeidirektion (LPD) Freiburg mit einer Abnahme um 21 auf 14 Gewalttaten, noch signifikanter bei der LPD Tübingen mit einer Abnahme um 20 auf drei Gewalttaten, eine entgegengesetzte Entwicklung zu verzeichnen. Hier macht sich noch einmal das Demonstrationsgeschehen am 01.05.2009 in Ulm, am 03.10.2009 in Friedrichshafen und am 14.11.2009 in Freiburg bemerkbar. Entsprechend sind die Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte von 30 auf elf gesunken. Der Anstieg bei den Gewaltdelikten im Bereich des PP Stuttgart um 23 auf 40 Fälle ist größtenteils auf das Demonstrationsgeschehen anlässlich des 1. Mai 2010, des Bundeswehrgelöbnisses am 30.07.2010 sowie anlässlich der Baumaßnahmen zu „Stuttgart 21“ in Stuttgart zurückzuführen. 15 der 82 Gewaltdelikte, überwiegend Körperverletzungen, wurden im Zusammenhang mit Protesten gegen das Bauprojekt „Stuttgart 21“ begangen. Dieser Entwicklung entspricht die Zunahme der Körperverletzungsdelikte um sieben auf 58 Fälle.

Die linksmotivierten Branddelikte sind mit vier Fällen rückläufig (Vorjahr: sieben). Neben zwei Brandlegungen an Fahrzeugen wurden zwei Hochsitze im Rems-Murr-Kreis (Urbach und Plüderhausen) im Oktober 2010 in Brand gesetzt.

ORGANISATIONSSTRUKTUREN

Die linksextremistische Szene stellt keine homogene und strukturierte Bewegung dar, sondern wird vielmehr durch ein breites Spektrum verschiedener Strömungen und Ideologien innerhalb der politischen Linken geprägt. Neben „klassischen Themen“ wie Antiimperialismus, Antikapitalismus und der generellen Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols (Repression) werden insbesondere zeit-

geschichtliche, gesellschaftliche und politische Ereignisse zum Anlass für Mobilisierungen, Kundgebungen und Aktionen genommen.

OUTING-AKTIONEN

Die größtenteils von der linken Szene angewandte Aktionsform, den politischen Gegner und seine persönlichen Daten medial offen zu legen und ihn zu diffamieren, ist zwischenzeitlich fester Bestandteil der Auseinandersetzung politischer Gegner und hat weiter an Bedeutung gewonnen.

Im Jahr 2010 erfolgten 28 Outing-Aktionen „Links vs. Rechts“ und drei Outing-Aktionen „Rechts vs. Links“. Somit stieg die Gesamtzahl im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr von 16 auf 31 Aktionen an. Das Outing erfolgt verstärkt über das Internet durch strafbares Ausspähen persönlicher Daten (Hacken) und erfordert profunde Programmierkenntnisse. Weitere Outing-Formen sind das Verteilen von Flugblättern/Flyern sowie das Plakatieren oder Skandieren entsprechender Parolen im Wohnumfeld des Geouteten. Körperliche Übergriffe auf die geouteten Personen waren wie in den vorangegangenen Jahren nicht zu verzeichnen.

LINKS-RECHTS-AUSEINANDERSETZUNGEN

Das Zusammentreffen der beiden konträren politischen Lager birgt ein erhebliches Aggressions- und Konfliktpotenzial. Dieses entfaltet sich in der Regel insbesondere bei Demonstrationen und führt zu Gewalt gegen den politisch Andersdenkenden, gegen Polizeibeamte und auch gegen unbeteiligte Bürger.

Die Anzahl der Links-Rechts-Konfrontationen nahm im Jahr 2010 um sieben auf 28 ab. Dieser Rückgang kann auf das Fehlen entsprechender herausragender Ereignisse und Demonstrationsgeschehen wie bspw. die Demonstration am 1. Mai 2009 in Ulm zurückgeführt werden, deren Verlauf ein bis dato in Baden-Württemberg nicht bekanntes Ausmaß an Gewalt erreichte.

PMK RECHTS

Die Fallzahlen PMK Rechts sind mit einer Abnahme um 343 auf 926 Delikte (- 27,0 %) weiterhin rückläufig und liegen deutlich unter dem Zehnjahresmittelwert von 1.138 Delikten.

Eine analoge Entwicklung ist bei den rechtsmotivierten Gewaltdelikten mit einer Abnahme um acht auf 40 Fälle festzustellen. Hier wurde der niedrigste Stand seit zehn Jahren erreicht. Die rückläufige Tendenz setzt sich bei fremdenfeindlich motivierten Straftaten mit einer Abnahme um 38 auf 176 Delikte (- 17,8 %) und bei Straftaten antisemitischer Motivation mit einem Rückgang um 46 auf 106 Delikte (- 30,3 %) fort. Bei der Anzahl der fremdenfeindlich und antisemitisch motivierten Gewaltdelikte (19 bzw. 3 Delikte) hat sich im Vergleich zum Vorjahr keine Änderung ergeben.

Für den Fallzahlenrückgang ist keine konkrete Ursache ersichtlich. Es kann allerdings angenommen werden, dass die Entwicklung in den PMK-Bereichen „Rechts“ und „Links“ im Sinne von Aktion und Reaktion korreliert und in direktem Zusammenhang mit dem festgestellten Rückgang der „Links-Rechts-Konfrontationen“ steht.

ANALYSEDARSTELLUNG

Bei regionaler Betrachtung der Straftaten ist bei der PMK Rechts eine analoge Entwicklung wie im Bereich der PMK Links feststellbar.

Während die rückläufige Tendenz der rechts- (und links-) motivierten Straftaten in allen Regierungsbezirken sowie beim PP Stuttgart zu verzeichnen ist, sind bei den rechtsmotivierten Gewaltdelikten regionale Unterschiede – analog der PMK Links – zu konstatieren. Bei einer Zunahme der Gewaltdelikte um drei auf sieben in Stuttgart haben sich die Gewaltstraftaten im Regierungsbezirk Freiburg mit einer Abnahme um drei auf vier nahezu halbiert. Die Abnahme im Regierungsbezirk Tübingen um zehn auf fünf ist noch signifikanter.

Geprägt wird der PMK-Bereich mit insgesamt 926 rechtsmotivierten Straftaten von 654 Propagandadelikten, gefolgt von 111 Volksverhetzungsdelikten.

Im Rahmen von Demonstrationen zu Themen, die ein erhöhtes Konfrontationspotenzial generieren, ist weiterhin mit anlassbezogenen Straftaten zu rechnen.

SCHÄNDUNGEN JÜDISCHER FRIEDHÖFE UND GEDENKSTÄTTEN

Die Anzahl der antisemitisch motivierten Schändungen jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten hat sich im Jahr 2010 mit einem Fall erneut erheblich reduziert (2008: 13, 2009: 7 Delikte).

AUTONOME NATIONALISTEN

Im Jahr 2010 werden sechs Gruppierungen der Aktionsform „Autonomer Nationalismus“ zugerechnet. Es handelt sich überwiegend um junge aktionsorientierte Rechtsextremisten mit gesteigerter Gewaltbereitschaft. Bedeutsame Aktivitäten durch Gruppierungen dieser Aktionsform konnten 2010 in Baden-Württemberg nicht festgestellt werden.

SKINHEADSZENE

Die Bedeutung der ehemals dominierenden Skinhead-Subkultur tritt zurück; eine Szenezugehörigkeit ist nur noch selten am klassischen Skinhead-Outfit – wie Springerstiefel und Bomberjacke – zu erkennen. Stattdessen finden nunmehr solche Kleidungsstücke und Marken Verwendung, die sich an Modetrends der Jugend orientieren.

SKINBANDS

Im Jahr 2010 waren in Baden-Württemberg zwölf (Vorjahr elf) Skinbands aktiv. Zwei im Jahr 2009 aktive Bands traten nicht mehr in Erscheinung, eine hat sich augenscheinlich umbenannt und von zwei der drei im Jahr 2010 neu hinzugekommenen Bands wurde lediglich die Veröffentlichung einer CD bekannt. Mit Ausnahme einer Band aus dem Raum Böblingen hat sich die Anzahl der Bandauftritte bei den meisten Skinbands deutlich reduziert; bei einzelnen Bands wurde lediglich ein Auftritt im Jahr 2010 verzeichnet. Es wurden insgesamt sechs neue Tonträger der aus Baden-Württemberg stammenden Bands festgestellt.

RECHTSEXTREMISTISCHE MUSIKVERANSTALTUNGEN

Entgegen der in den letzten Jahren zu verzeichnenden rückläufigen Tendenz rechtsextremistischer Musikveranstaltungen hat sich im Jahr 2010 die Anzahl der Konzerte von elf auf 18 erhöht. 16 dieser Veranstaltungen waren Skinkonzerte, die sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelten. Die starke Zunahme der Konzertzahlen ist auf die Etablierung des „Nationalen Zentrums“ in der Gaststätte „Rössle“ in Rheinmünster-Söllingen, Landkreis Rastatt, zurückzuführen. Dort haben 2010 regelmäßig Veranstaltungen der rechten Szene stattgefunden. Allein zehn der insgesamt 18 rechtsextremistischen Musikveranstaltungen fanden in der Gaststätte „Rössle“ statt.

Die Veranstaltungen im „Rössle“ verliefen bislang weitgehend störungsfrei und ohne nennenswerte Beeinträchtigung der Öffentlichkeit. Ungeachtet dessen haben sich regionale und überregionale Aktionsbündnisse gegen die rechtsextremistische Szene in Söllingen gebildet. Zu dieser Thematik sind 2010 drei Landtagsanfragen beantwortet worden.

Während noch im Vorjahr mehr als die Hälfte der Veranstaltungen erst nachträglich bekannt wurden, konnten 2010 trotz der über Jahre hinweg festzustellenden konspirativen Durchführung klein dimensionierter Musikveranstaltungen bis auf zwei Konzerte alle rechtzeitig aufgeklärt werden.

Ab Jahresmitte 2010 dürfte sich zudem das im Juli 2010 ergangene Urteil des Verwaltungsgerichtshof (VGH BW) Mannheim (Az. 1 S 349/10) ausgewirkt haben, wonach Konzerte der rechtsextremistischen Szene aufgrund ihrer Gesamtprägung regelmäßig als öffentliche Versammlungen im Sinne des Versammlungsgesetzes einzuordnen sind. Bei diesen Fällen unterliegt polizeiliches Handeln den Einschreitschwellen des Versammlungsgesetzes. Die Besucherzahl der im Jahr 2010 bekannt gewordenen rechtsextremistischen Musikveranstaltungen lag im Schnitt wie im Vorjahr bei etwa 100 Personen. Im „Nationalen Zentrum“ konnten allerdings bei einzelnen Veranstaltungen Besucherzahlen bis zu 300 Teilnehmern – teilweise auch aus dem benachbarten Ausland – festgestellt werden.

LANDESWEITES PROGRAMM „AUSSTIEGSHILFEN RECHTSEXTREMISMUS“

Seit Bestehen des landesweiten Programms „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ 2001 wurden in Baden-Württemberg von den Staatsschutzdienststellen insgesamt 3.191 Personen, davon 98 im Jahr 2010, als potenzielle Zielpersonen benannt. Auf einen möglichen Ausstieg wurden dabei 1.997 Personen, davon 81 im Jahr 2010, angesprochen.

ANALYSE DARSTELLUNG

Seit Beginn des Programms sind mit Hilfe der Polizei 379 Personen (2010: 33) aus der „rechten“ Szene ausgestiegen, davon 146 mit Hilfe der „Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus“ (BIG Rex) des Landeskriminalamts Baden-Württemberg (LKA BW). Im Jahr 2010 führte oder beteiligte sich die BIG Rex an 198 (- 68) der landesweit 340 (- 70) mit Szeneangehörigen geführten Gespräche. Die Aussteigergewinnung und -betreuung teilen sich die Staatsschutzdienststellen mit den landesweit tätigen Angehörigen der BIG Rex.

NATIONALSOZIALISTISCHE GEWALTVERBRECHEN

Zur Aufarbeitung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen haben die Mitglieder der Tagung „Polizeiliche Aufgaben“ im November 2004 die Einrichtung der Ermittlungsgruppe „Nationalsozialistische Gewaltverbrechen“ (EG NSG) beim LKA BW mit Unterstützung der Landespolizei beschlossen. Fünf Verfahren konnten 2010 abgeschlossen werden, aktuell befinden sich noch sechs Ermittlungsverfahren bei der Inspektion 510 des LKA BW in Bearbeitung. Die Zuweisung von zwei neuen Verfahren durch die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen lässt erkennen, dass auch 2011 mit weiteren Verfahrenszuweisungen zu rechnen ist. Die Einrichtung gleichartiger Ermittlungsgruppen bei den Landeskriminalämtern Nordrhein-Westfalen und Hessen bestätigt das erfolgreiche und überzeugende Konzept der EG NSG beim LKA BW.

SPIONAGE, PROLIFERATION, LANDESVERRAT

Im Jahr 2010 wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Sabotagehandlungen an Verteidigungsmitteln bearbeitet. Darüber hinaus wurden Fälle geprüft, bei denen eine staatlich gesteuerte Spionage nicht ausgeschlossen werden kann.

PMK NICHT ZUZUORDNEN

Im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität, die keinem PMK-Bereich explizit zugeordnet werden kann, ist mit einer Zunahme um 404 auf 598 Straftaten die signifikanteste Entwicklung politisch motivierter Straftaten zu konstatieren. Das gleiche gilt für die politisch nicht zuordenbaren Gewaltdelikte, die von zwei auf 139 Fälle angestiegen sind.

Die markantesten Zuwächse sind bei den Körperverletzungsdelikten (Zunahme von 2 auf 94 Fälle) sowie bei der Nötigung (Zunahme von 4 auf 75 Fälle) zu verzeichnen, gefolgt von Beleidigungsdelikten (Zunahme von 13 auf 106), Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte (Zunahme von 0 auf 37) und Straftaten nach dem Versammlungsgesetz (Zunahme von 1 auf 35). Die größte Anzahl von Straftaten bilden mit 123 Fällen weiterhin die Sachbeschädigungsdelikte.

Diese bisher einmalige Entwicklung ist Ausfluss des überwiegend bürgerlichen Protestes gegen das Bauprojekt „Stuttgart 21“, der sich zwar gegen eine politische Entscheidung richtet, aber in den wenigsten Fällen als links- oder rechtsmotiviert gewertet werden kann. Von den insgesamt 598 registrierten politisch nicht zuordenbaren Straftaten wurden 530 im thematischen Zusammenhang mit „Stuttgart 21“ begangen. Bei der Gesamtzahl der nicht zuordenbaren Straftaten, die den statistisch zweitgrößten PMK-Bereich darstellen, ist zu berücksichtigen, dass die Fallzahlen erst mit Baubeginn im Sommer 2010 zu verzeichnen waren und somit die Entwicklung des 2. Halbjahres 2010 kennzeichnen. Dem Demonstrationsgeschehen immanent ist auch die hohe Anzahl Tatverdächtiger je statistisch erfasstem Fall.

BAUPROJEKT „STUTTGART 21“

Das Bauprojekt „Stuttgart 21“ ist seit Sommer 2010 zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt und entfaltete eine lebhafte und kontroverse Diskussion sowie eine Ausweitung der Protestbewegung. Das schwerpunktmäßig in Stuttgart stattfindende Demonstrationsgeschehen beschränkt sich auf Proteste überwiegend von Bürgern, in dessen Rahmen jedoch Straftaten im Bereich der Beleidigung, Nötigung bis hin zur Körperverletzung begangen werden. Auf Grund des bisherigen Verlaufs ist weiterhin von mehrheitlich gewaltfreien Protesten des bürgerlichen Spektrums auszugehen. Allerdings ist auch zukünftig mit einem anhaltend großen Mobilisierungspotenzial sowie einem hohen Emotionalisierungsgrad im Rahmen angemeldeter Demonstrationen aber auch unangemeldeter Aktionen zu rechnen. Bislang kam es zwischen Gegnern und Befürwortern des Bauprojekts zu keinen nennenswerten Auseinandersetzungen.

Im Jahr 2010 wurden im Zusammenhang mit dem Bauprojekt „Stuttgart 21“ insgesamt 530 politisch motivierte Straftaten registriert; davon mehr als ein Viertel Gewaltdelikte (154 Fälle). Die überwiegende Anzahl der „Stuttgart 21“-Straftaten (487 Delikte) ist keinem PMK-Bereich explizit zuzuordnen. Drei Straftaten (davon ein Gewaltdelikt) wurden von Befürwortern des Bauprojekts „Stuttgart 21“ verübt. Erwartungsgemäß weist Stuttgart die größte Kriminalitätsbelastung auf. Der deliktische Schwerpunkt liegt bei Sachbeschädigungen und Nötigungen, zeigt sich aber auch in Form von Körperverletzungen und Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte.

Das Demonstrationsgeschehen am 30.09.2010 in Stuttgart führte zu Resonanzstraftaten auch außerhalb von Baden-Württemberg. In diesem Zusammenhang steht mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Farbanschlag auf das Gebäude der Landesvertretung von Baden-Württemberg bei der EU in Brüssel am 02.10.2010.

MASSNAHMEN

2 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN / GETROFFENE MASSNAHMEN

PMK AUSLÄNDER / ISLAMISMUS

MASSNAHMEN I. Z. M. DER GEFÄHRDUNGSLAGE ISLAMISTISCHER TERRORISMUS

Im Zusammenhang mit Warnungen vor Anschlägen durch Gruppierungen des islamistischen Terrorismus in Europa ordnete das Innenministerium Baden-Württemberg, Landespolizeipräsidium (IM LPP), lageorientiert mit zunehmender Intensität zum November hin für die Dienststellen der Landespolizei und das LKA BW polizeiliche Maßnahmen an. Das LKA BW richtete anlassbezogen eine Informationssammelstelle (ISa) „Terrorismus“ ein und erstellt seither regelmäßig ein Lagebild für Baden-Württemberg.

GTAZ-PROJEKTE 2010

Die im Jahr 2009 festgestellten Ankündigungen von Anschlägen in Europa durch die islamistische Szene und die anhaltende Thematisierung Deutschlands in islamistischen Verlautbarungen und Medien setzte sich verstärkt auch 2010 fort. Untermuert wurde dies insbesondere durch entsprechendes nachrichtendienstliches Aufkommen und den durch die Sicherheitsbehörden festgestellten verstärkten Reisebewegungen des islamistischen Personenpotenzials. In den Kampfgebieten Afghanistans und Pakistans halten sich derzeit verstärkt auch aus Deutschland stammende Personen auf. Beleg für die intensiverte Bedrohungslage in Europa waren Ende 2010 die sichergestellten, auf dem Luftweg versandten Paketbomben am 29.10. aus dem Jemen, der Selbstmordanschlag am 11.12. in Stockholm sowie die Festnahme mehrerer terrorverdächtiger Personen am 29.12. in Kopenhagen. Wie befürchtet erhöhten sich 2010 auch die Anschläge auf die in Afghanistan eingesetzten deutschen Einsatzkräfte durch Personen aus dem Umfeld der Al-Qaida. Die im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum (GTAZ) vertretenen Behörden verstärkten daher die Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen und Foren. Die im Dezember 2009 im GTAZ eingerichtete Arbeitsgruppe „Deradikalisierung“ zur Entwicklung länder- und behördenübergreifender Handlungsempfehlungen hat 2010 ihre Arbeit aufgenommen. Die Geschäftsstelle der AG „Deradikalisierung“ beabsichtigt, bis Ende Februar 2011 einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

MASSNAHMEN IM BEREICH DER POLITISCH MOTIVIERTEN AUSLÄNDERKRIMINALITÄT

In Folge der erfolgreichen Festnahmen im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren der PD Esslingen sowie daran anschließender Repressions- als auch Präventionsmaßnahmen im Bereich des PP Stuttgart konnte seit Dezember 2010 eine rückläufige Tendenz der Gewaltdelikte verzeichnet werden. Begleitet wird diese durch regelmäßige Kontaktaufnahmen mit den Verantwortlichen der örtlichen kurdischen und national türkischen Vereine. Die künftige Entwicklung bedarf weiterhin einer intensiven Beobachtung.

AUFENTHALTSBEENDENDE MASSNAHMEN BEI BESONDERS GEFÄHRLICH EINZUSTUFENDEN

AUSLÄNDERN

Die beim Innenministerium eingerichtete Arbeitsgruppe „Aufenthaltsbeendigung als besonders gefährlich einzustufender Ausländer“ prüft einzelfallbezogen die rechtlichen Voraussetzungen zur Einschränkung bzw. Beendigung des Aufenthalts von Personen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag, als gefährlich einzustufende Ausländer festzustellen, den Informationsaustausch der beteiligten Behörden zu koordinieren und dafür Sorge zu tragen, dass die erforderlichen ausländerrechtlichen Maßnahmen ergriffen werden.

PRÄVENTIONSHINWEISE PMK AUSLÄNDER / ISLAMISMUS

INITIATIVE „POLIZEI UND MOSCHEEVEREINE“ – FÖRDERUNG VERTRAUENSBIEDER MASSNAHMEN

In Fortführung des 2006 begonnenen Prozesses für vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen der landesweiten Initiative „Polizei und Moscheevereine“ haben sich auch 2010 wieder ca. 200 „Ansprechpartner/innen Moscheevereine“ der Polizeidienststellen des Landes darum bemüht, Kontakte zu den knapp 680 bekannten lokalen muslimischen Organisationen und Vereinigungen aufzunehmen, zu festigen und auszubauen. Ein mehr oder weniger intensiver Kontakt besteht zu über 400 dieser Organisationen und Vereinigungen. Mit einem Teil von ihnen wurden über 190 gemeinsame Veranstaltungen und Projekte durchgeführt. An den Netzwerk-Strukturen der Kommunalen Kriminalprävention beteiligen sich derzeit ca. 50 muslimische Vereinigungen. Daraus hervorgegangen ist zum Beispiel das vom Landratsamt Reutlingen betreute „Forum muslimischer Frauen im Landkreis Reutlingen“, das 2010 mit einem Deutschen Integrationspreis geehrt wurde. Koordiniert wird die landesweite Initiative „Polizei und Moscheevereine“ von der Geschäftsstelle Moscheevereine bei der Landesprävention des LKA BW und einer Koordinierungsgruppe, der neben der Geschäftsstelle auch Vertreter des IM LPP, der Akademie der Polizei, der Hochschule für Polizei, der Bereitschaftspolizei und der Abt. Staatsschutz des LKA BW angehören. Damit soll gewährleistet werden, dass die „Ansprechpartner/innen Moscheevereine“ die bestmögliche Unterstützung erhalten. Entsprechende Seminare, Arbeitstagungen und dezentrale Informationsveranstaltungen wurden 2010 von der Akademie der Polizei angeboten.

MASSNAHMEN

Der von der Landesprävention des LKA BW konzipierte Ausstellungsstand „Heimatland Baden-Württemberg. Gemeinsam in Sicherheit leben“ zum Thema Integration und Förderung der interkulturellen Kompetenz wurde 2010 in Buchen und Mannheim gezeigt und fand großen Anklang, auch bei den lokalen muslimischen Vereinigungen.

Die Arbeitshilfe „Interkultureller Dialog“ (ein Kompendium mit Anregungen für die Praxis) des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) bietet eine Orientierungshilfe für die Polizeibeamtinnen und -beamten zum interkulturell kompetenten Umgang mit dem muslimischen Teil unserer Bevölkerung.

Die Initiative „Polizei und Moscheevereine“ soll über vertrauensbildende Maßnahmen und mit Aktivitäten der Kriminal- und Verkehrsprävention muslimische Mitbürger vom Sinn einer aktiven Integration überzeugen und ist eines der beiden Komponenten der Kampagne „Transfer interkultureller Kompetenz“ (TIK), die daneben auch die interkulturelle Kompetenz innerhalb der Polizei stärken soll. Das LKA BW ist Mitglied in der AG „Vertrauensbildende Maßnahmen“ unter Federführung des BKA und der AG „Deradikalisierung“.

PRÄVENTIONSKONZEPT FINANZIERUNG DER LTTE

Im Sommer 2011 wurde in Bundesgremien ein Präventionskonzept „Finanzierung der LTTE“ verabschiedet und das BKA mit der Erstellung eines Flyers beauftragt.

PMK LINKS

PRÄVENTIONSHINWEISE PMK LINKS

Das Thema der Prävention im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität Links wurde im Jahr 2010 in Baden-Württemberg aufgegriffen. Seitens der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) wird unter Federführung des BKA im Jahr 2011 ein Experten-Workshop durchgeführt, dessen Ergebnis in eine Bund-Länder-Projektgruppe „Prävention eines gewaltbereiten Linksextremismus“ einfließt.

PMK RECHTS

REGIONALE SACHBEARBEITERTAGUNGEN

Im ersten Quartal 2010 wurden auf Regierungsbezirksebene sowie beim Polizeipräsidium Stuttgart Sachbearbeitertagungen zur Erörterung deliktsspezifischer Schwerpunkte und örtlicher Brennpunkte durchgeführt. Neben Möglichkeiten für eine weitere Verbesserung bei der Bekämpfung der PMK Rechts wurde die Optimierung des Informationsaustausches zwischen dem LKA BW und den örtlichen Dienststellen thematisiert.

AKTIVITÄTEN DER BERATUNGS- UND INTERVENTIONSGRUPPE GEGEN

RECHTSEXTREMISMUS (BIG REX)

Im Jahr 2010 wurden vier, meist zweitägige, Konzeptionseinsätze gemeinsam mit der Landespolizei durchgeführt. Für eine gemeinsame Ansprache mit der BIG Rex wurden von den Staatsschutzdienststellen des Landes 82 Angehörige der „rechten“ Szene benannt; 63 Personen (77 %) wurden dabei tatsächlich erreicht. Neben der Sensibilisierung im Sinne der Ausstiegsmotivation erbrachten diese Kontakte zusätzliche Ansatzpunkte für die Präventionsarbeit vor Ort und die zuständige Fachdienststelle des LKA BW.

Eine Vielzahl der Angesprochenen hatte sich von der Szene und deren Gedankengut losgesagt. Gegenüber den als „stark ideologisiert“ bekannten „Hardlinern“ wurde noch stärker als im Vorjahr durch offensive Ansprache polizeiliche Präsenz und entsprechender Handlungswille gezeigt. Diese europaweit modellhafte Art der Intervention ist eine wesentliche Säule innerhalb der Prävention gegen rechtsextremistische Bestrebungen.

Während 2009 der Schwerpunkt auf gemeinsamen Konzeptionseinsätzen mit der Landespolizei lag, wurden im Jahr 2010 zunehmend Rechtsextremisten im Ausstiegsprozess betreut. Die Option „Ausstiegshilfe“ wurde vermehrt von „Hardlinern“ und langjährigen Szenenangehörigen angenommen. Ein Drittel der Betreuten befinden sich in Justizvollzugsanstalten, nachdem sie zu langjährigen Haftstrafen wegen politisch motivierter Gewalttaten verurteilt wurden.

Die Verbindungen zu Beratungsnetzwerken wurden 2010 auf Bundes- und Landesebene intensiviert. Ebenso konnte die Zusammenarbeit mit den bei unterschiedlichen Behörden angesiedelten „Aussteigerprogrammen“ des Bundes und insbesondere der benachbarten Bundesländer weiter verfestigt werden. Im Rahmen von vielfältigen Beratungs- und Präventionsveranstaltungen unterschiedlichster Träger konnten Multiplikatoren aus den Bereichen Schule, Jugendarbeit und Bewährungshilfe über das Programm informiert werden. Ein Wissens- und Erfahrungsaustausch auf internationaler Ebene erfolgte anlässlich einer Veranstaltung der Mitteleuropäischen Polizeiakademie (MEPA) in der Tschechischen Republik, an der zahlreiche Vertreter aus den mitteleuropäischen Staaten teilnahmen. Besonderes Interesse fand hierbei die baden-württembergische Konzeption der „Offensiven Szenenansprachen“ innerhalb des landesweiten Aussteigerprogramms.

MASSNAHMEN

PRÄVENTIONSHINWEISE PMK RECHTS

Das Beratungsnetzwerk „Kompetent vor Ort. Für Demokratie“ wurde auch 2010 aktiv von der BIG Rex beim LKA BW unterstützt. Zwischen September 2008 und September 2010 wurden 65 Jugendhilfe-Mitarbeiter aus 17 Stadt- und Landkreisen¹ zu „Kommunalen Beraterinnen und Beratern“ im Bereich Rechtsextremismusintervention und -prävention fortgebildet.

Im Rahmen der Kooperation mit dem Beratungsnetzwerk und dem „Team-meX“² der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, konnte einzelfalladäquate und abgestimmte Prävention und Intervention geleistet werden, die von Maßnahmen an Schulen (Team-meX) über die Kommunen (Beratungsnetzwerk) bis hin zu Einzelsprachen durch die BIG Rex reichte. Darüber hinaus trat die BIG Rex beim LKA BW auch im vergangenen Jahr bei Präventionsaktivitäten gegen akute rechtsextreme Bestrebungen auf. Beispielsweise wurde die Polizeidirektion Rastatt/Baden-Baden durch einen öffentlichen Vortrag in Rheinmünster-Söllingen (vgl. Musikveranstaltung im Szenetreffpunkt „Rössle“) unterstützt, bei dem mehr als 100 Bürger teilnahmen. Aus der Kooperation mehrerer Organisationen entwickelte sich im vergangenen Jahr das „Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ mit derzeit über 40 Mitgliedern.

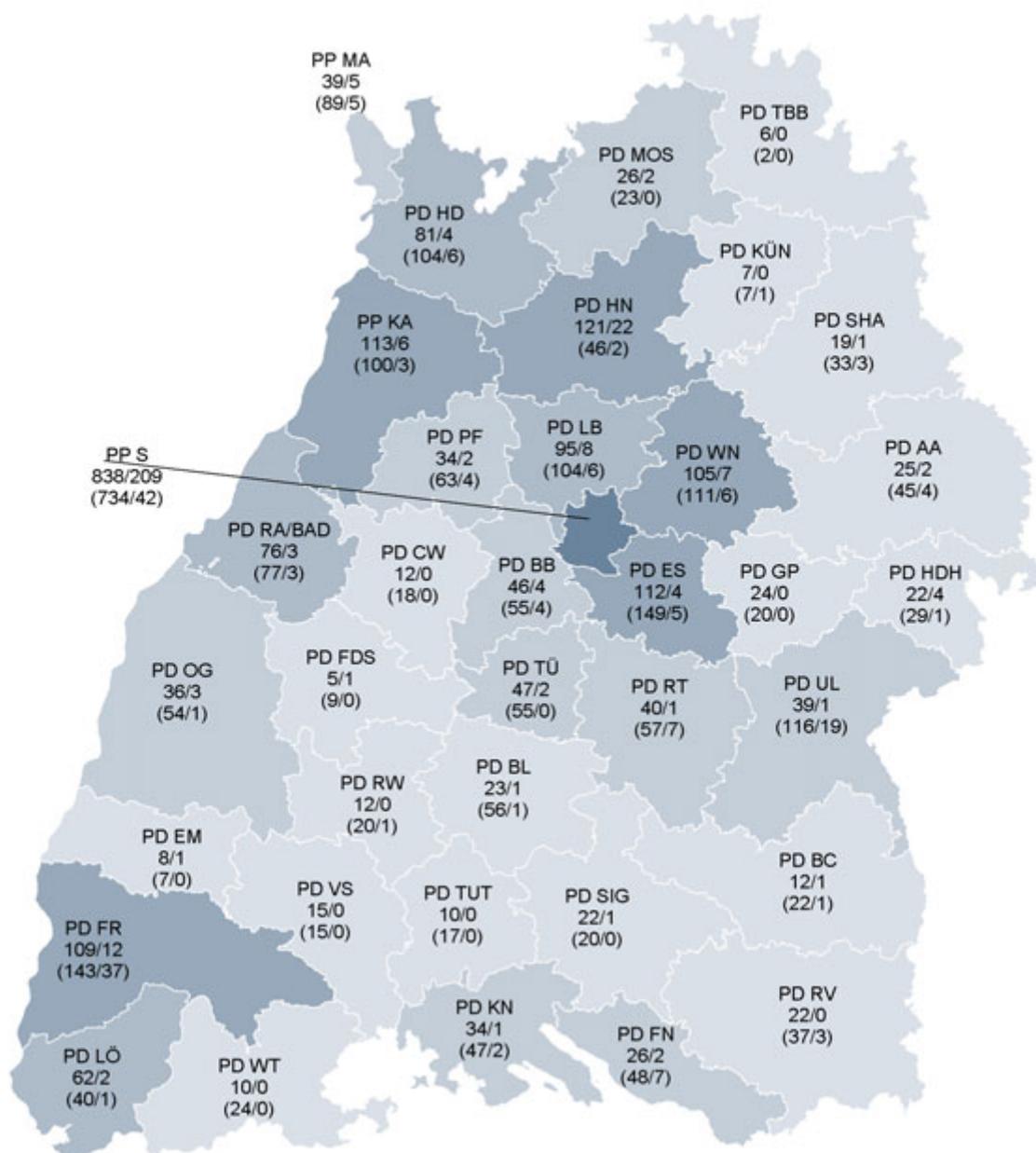
¹ Landkreis (LKR) Lörrach, LKR Breisgau-Hochschwarzwald, LKR Konstanz, Stadtkreis (SKR) und LKR Karlsruhe, SKR Pforzheim, SKR Mannheim, LKR Sigmaringen, LKR Biberach, Zollernalbkreis, LKR Reutlingen, Alb-Donau-Kreis, LKR Tübingen, LKR Esslingen, Rems-Murr-Kreis, LKR Schwäbisch-Hall, Main-Tauber-Kreis

² Landesweites Netzwerk von freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, das auf Anforderung kostenfrei und vor Ort Fortbildungen und Fachvorträge zu den Themen „Rechtsextremismus“ (seit 2009) und „Prävention von islamistischem Extremismus“ (seit 2010) anbietet.

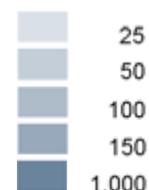
ANLAGEN

3 ANLAGEN

REGIONALVERTEILUNG DER STRAFTATEN



2010 Straftaten/davon Gewalttaten
(2009 Straftaten/davon Gewalttaten)



ANLAGEN

ZEHNJAHRESVERGLEICH FALLZAHLEN PMK

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Fallzahlen PMK	2.192	1.669	1.848	1.613	1.864	2.293	1.773	1.919	2.596	2.333
davon										
Ausländer	198	102	404	135	58	59	135	228	193	212
davon Islamismus	-	18	321	34	18	15	16	17	20	12
Rechts	1.449	1.097	898	914	1.166	1.351	1.089	1.220	1.269	926
davon Fremdenfeindlichkeit	387	281	219	241	221	297	258	238	214	176
davon Antisemitismus	205	161	140	99	131	138	136	127	152	106
Links	545	411	398	408	460	685	380	364	940	597
nicht zuzuordnen	-	59	148	156	180	198	169	107	194	598
davon geklärt	759	661	996	739	757	1.071	679	634	808	832
Aufklärungsquote in %	34,6	39,6	53,9	45,8	40,6	46,7	38,3	33,0	31,1	35,7

ZEHNJAHRESVERGLEICH GEWALTDELIKTE PMK

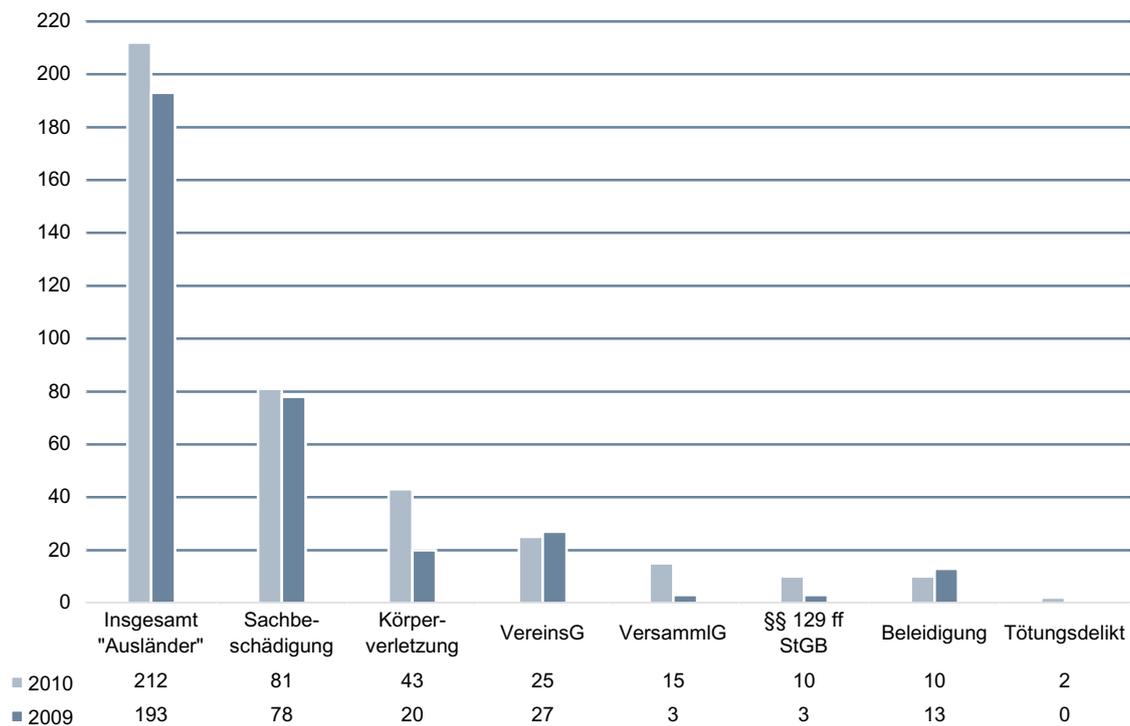
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Gewaltdelikte PMK	157	118	145	153	146	219	148	133	175	312
Ausländer	21	16	24	23	10	11	16	42	29	51
Rechts	82	56	59	69	76	101	79	56	48	40
Links	54	44	60	59	54	100	52	31	96	82
nicht zuzuordnen	-	2	2	2	6	7	1	4	2	139
davon geklärt¹	-	-	-	116	108	171	109	93	121	184
Aufklärungsquote in %	-	-	-	75,8	74,0	78,1	73,6	69,9	69,1	59,0

ALTERSSTRUKTUR DER TATVERDÄCHTIGEN

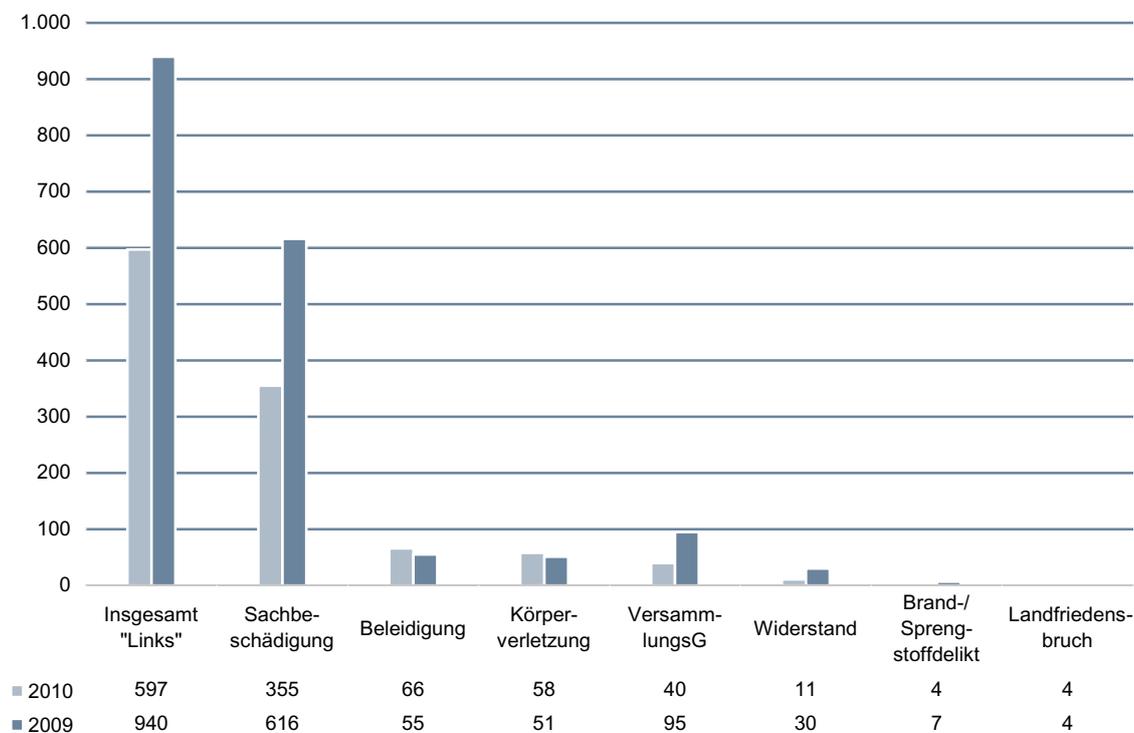
	Gesamt		Links		Rechts		Ausländer		Sonstige	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010
Gesamt	1.630	1.794	821	310	603	371	114	141	92	972
14-17 Jahre	335	241	165	45	122	72	31	39	17	85
davon männlich	279	188	123	29	114	67	27	36	15	56
davon weiblich	56	53	42	16	8	5	4	3	2	29
18-20 Jahre	428	258	243	66	153	79	25	37	7	76
davon männlich	370	215	198	54	144	76	21	35	7	50
davon weiblich	58	43	45	12	9	3	4	2	0	26
21 Jahre und älter	867	1.295	413	199	328	220	58	65	68	811
davon männlich	729	926	309	139	312	207	50	61	58	522
davon weiblich	138	366	104	60	16	13	8	4	10	289

¹ einschließlich „nicht Zuzuordnende“

FALLZAHLEN PMK AUSLÄNDER

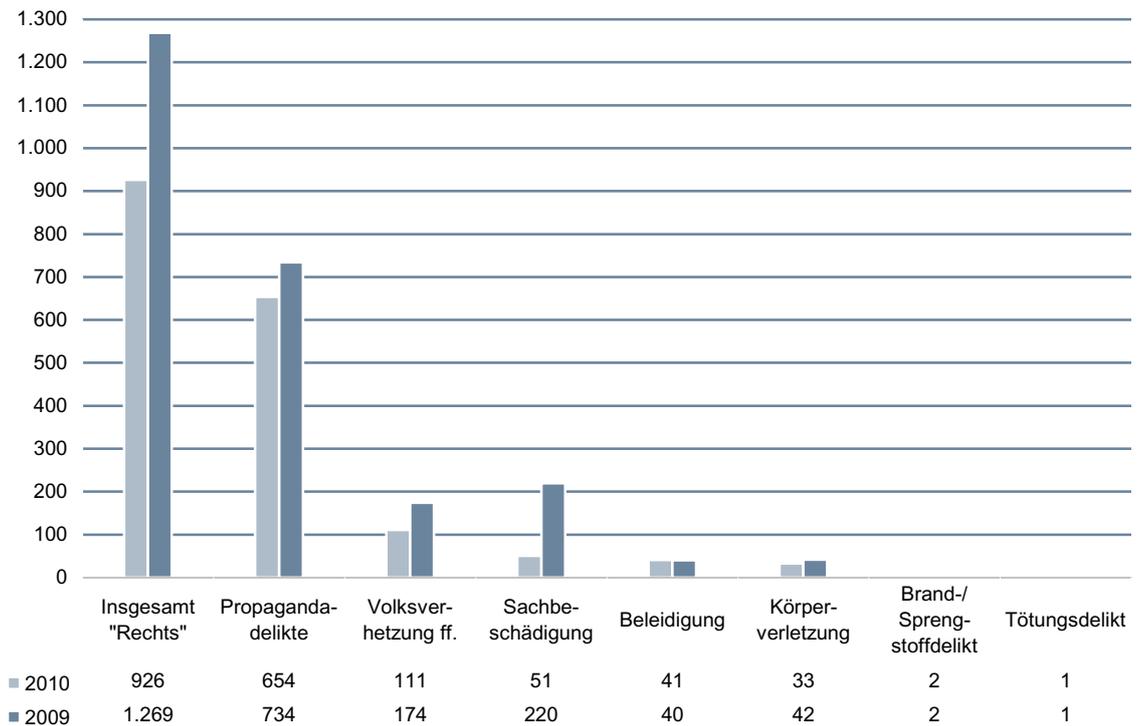


FALLZAHLEN PMK LINKS

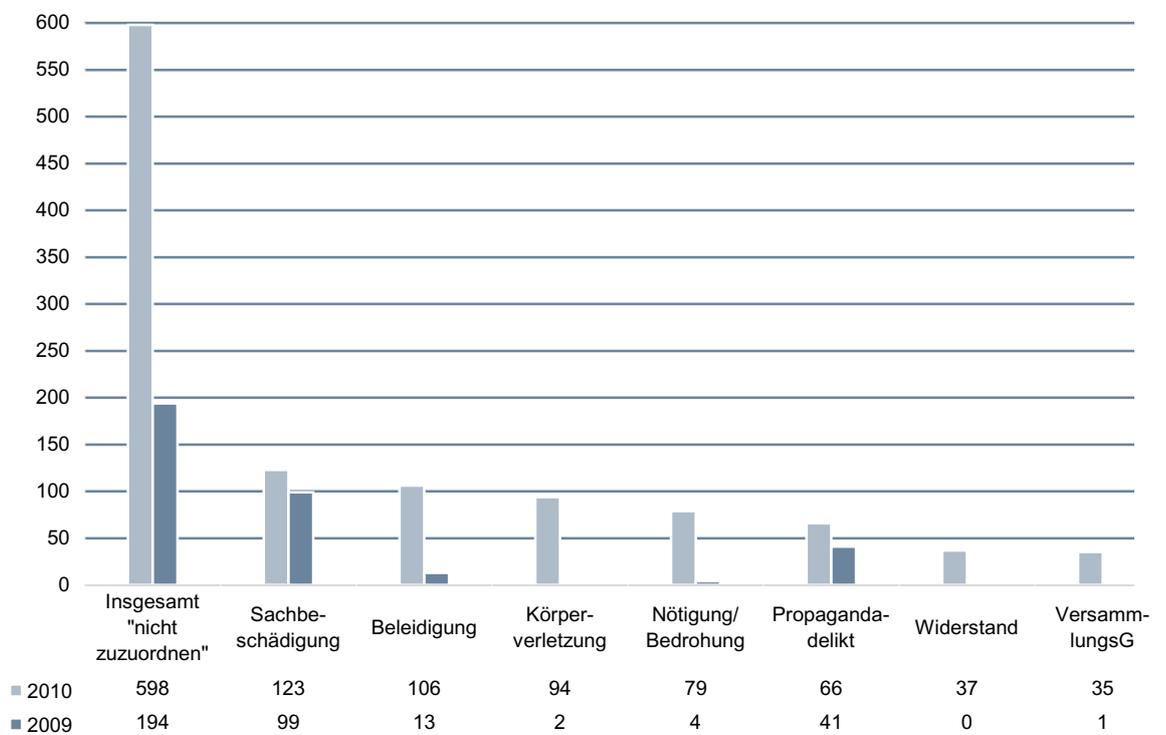


ANLAGEN

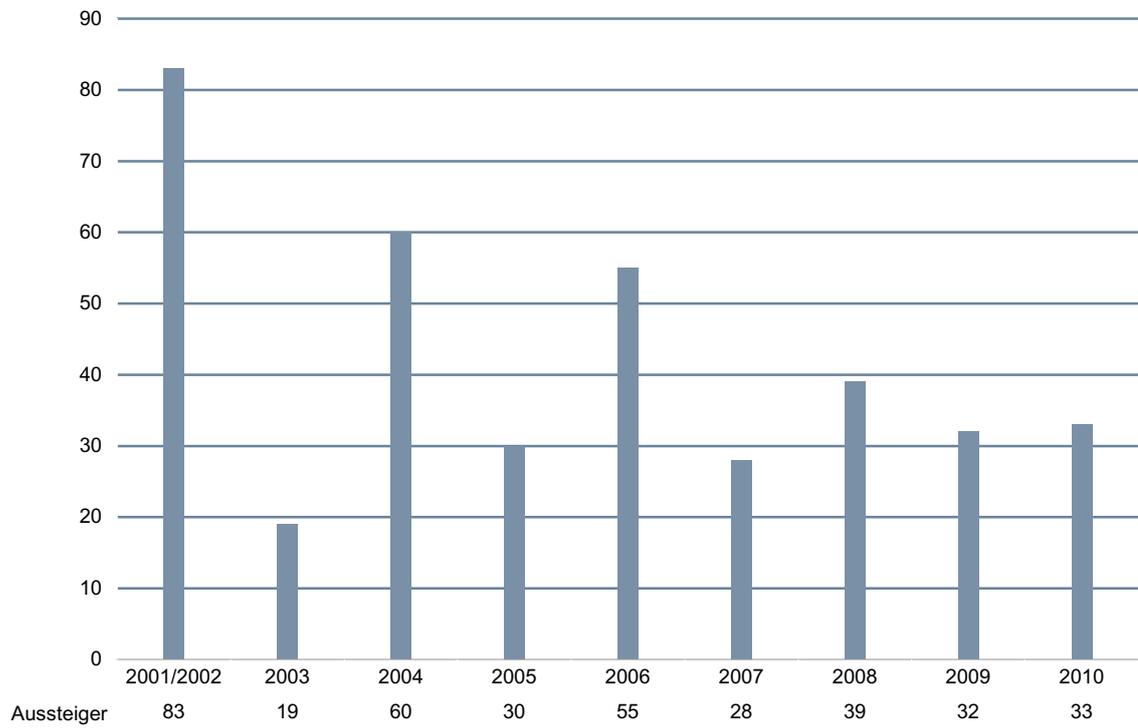
FALLZAHLEN PMK RECHTS



FALLZAHLEN PMK NICHT ZUZUORDNEN



BIG REX – AUSSTEIGER SEIT PROGRAMMBEGINN



ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Telefon 0711 5401-2020 und -2021

Fax 0711 5401-2025

E-Mail stuttgart.lka.oe@polizei.bwl.de

2010

